

Mitglieder der Verwaltung:

<u>Name</u>	<u>Funktion</u>	<u>Anwesenheit</u>
Herr Zenner	Bürgermeister Geschäftsbereich I	zu allen TOP
Herr Sárközy	Bürgermeister Geschäftsbereich II	zu allen TOP
Frau Göbel	Fachbedienstete für das Finanzwesen	zu allen TOP
Herr Uebel	Leiter Rechnungsprüfungsamt	zu allen TOP
Frau Wolf	Leiterin Fachbereich Bau und Umwelt	öffentlicher Teil
Herr Grasse	Leiter Fachbereich Zentrale Dienste	öffentlicher Teil
Herr Schäfer	Leiter Fachbereich Jugend/Soziales/Schulen/Sport	öffentlicher Teil
Frau Fischer	Leiterin Kulturbetrieb der Stadt Plauen	öffentlicher Teil
Herr vom Hagen	Leiter Eigenbetrieb GAV	öffentlicher Teil
Frau Spranger	Controllerin	öffentlicher Teil
Frau Kramer	Controllerin	öffentlicher Teil
Frau Karliner	Leiterin Fachgebiet Personal/Organisation	zu allen TOP
Herr Mißbach	Leiter Fachgebiet Betriebswirtschaft/Liegenschaften	zu TOP 2.6.
Herr Tillmann	Leiter Justizariat	nichtöffentlicher Teil

Weitere Sitzungsteilnehmer/Gäste:

von den Fraktionsgeschäftsstellen:

Frau Lorenz, CDU-Fraktion	zu allen TOP
Frau Pietschmann, Fraktion FDP/Initiative Plauen	zu allen TOP
Herr Laible, SPD/Grüne-Fraktion	zu allen TOP
Vertreter des Seniorenbeirates	öffentlicher Teil
Vertreter der Presse	öffentlicher Teil

Tagesordnung – öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.1. Tagesordnung
 - 1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 46.Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 18.12.2018
 - 1.3. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 47.Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 05.02.2019
 - 1.4. Beantwortung von Anfragen
 - 1.5. Informationen des Oberbürgermeisters
2. **Beschlussfassung**
 - 2.1. Entsendungswiderruf und Neuentsendung der Mitglieder des Aufsichtsrats der Theater Plauen-Zwickau gGmbH
Drucksachennummer: 955/2019
 - 2.2. Betriebssatzung GAV
Drucksachennummer: 936/2019
 - 2.3. Ersatz des Eigenanteiles der Stadt Plauen durch den Eigentümer August-Bebel-Straße 12-18 und Kaiserstraße 83/85
Drucksachennummer: 951/2019
 - 2.4. Errichtung einer Lenkungsgruppe "Kommunaler Präventionsrat"
Drucksachennummer: 948/2019
 - 2.5. Monitoring 2018 zum Parkraumkonzept 2016 der Stadt Plauen mit Anpassungen der Parkraumbewirtschaftung
Drucksachennummer: 887/2018
 - Antrag **Reg. Nr. 279-18**, Stellungnahme der Verwaltung
 - Antrag **Reg. Nr. 314-18** (mit Ergänzungs-/Austauschblättern), Stellungnahmen der Verwaltung
 - Antrag **Reg. Nr. 315-18**, Stellungnahme der Verwaltung
 - 2.6. Grundstücksverkehr (Verkauf von Waldgrundstücken)
Drucksachennummer: 950/2019
 - 2.7. Verwendung der Erbschaft der Charlotte Rabe
Drucksachennummer: 939/2019
 - 2.8. Bereitstellung überplanmäßiger Aufwendungen im Fachgebiet Allgemeine Ordnungsangelegenheiten
Drucksachennummer: 966/2019
3. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Die 48. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen wird durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit von Oberbürgermeister Oberdorfer eröffnet und geleitet.

Mit Einverständnis des Stadtrates werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift Stadträtin Ilka Reißner, Fraktion DIE LINKE., und Stadtrat Christian Erdmann, SPD/Grüne-Fraktion, bestellt.

Zu Beginn der Sitzung wurden

- zu TOP 1.5. ein Informationsblatt bezüglich Sachstand Falknerei Herrmann
- zu TOP 2.5. der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE., Reg. Nr. 367-19
- zu TOP 5.1. (Nichtöffentlicher Teil) ein Änderungsblatt zur Vorlage

ausgereicht.

1.1. Tagesordnung

keine Änderungen

1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 46.Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 18.12.2018

Seite 1, Abwesende:

Stadtrat Dieter Rappenhöner, SPD/Grüne-Fraktion, gibt zu Protokoll, dass er für die Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 18.12.2018 entschuldigt war.

Seite 22, Absatz 7:

Stadtrat Hansgünter Fleischer, CDU-Fraktion, bittet um folgende Ergänzung(*gemäß Bandaufzeichnung von der Schriftführerin nochmals formuliert*):

...Er äußert sich kritisch zu den Aussagen seitens der Stadt Zwickau während der gemeinsamen Beratung **im Kulturkonvent. Gleichzeitig merkt Stadtrat Fleischer an, dass alle diese „Theater-Ehe“ zwar erhalten wollen. Was ihm aber in dieser „Ehe“ fehle, sei die Liebe zum Theater.**

Seite 16, TOP 3.17., letzter Absatz:

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE. bittet um konkretere Darstellung (*gemäß Bandaufzeichnung von der Schriftführerin nochmals formuliert*):

Stadtrat Legath kann persönlich in seiner Funktion als aktiver Jugendleiter den Antrag nicht ablehnen. Ihn stört aber der Populismus, den die CDU-Fraktion seiner Meinung nach an den Tag legen würde. Auf Landesebene würde die Fraktion DIE LINKE. seit Jahren die Erhöhung der Jugendpauschale auf 15 EUR fordern, was aber seitens der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion abgelehnt würde.

Im Sinne der Jugendarbeit wird Stadtrat Legath dem Antrag aber zustimmen.

Auch die angegebene Deckungsquelle wäre nach Meinung von Stadtrat Legath nicht gut gewählt.

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 46.Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 18.12.2018 wird unter Beachtung der o. g. Änderungen/Ergänzungen bestätigt.

1.3. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 47.Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 05.02.2019

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 47.Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 05.02.2019 wird ohne Änderungen bestätigt.

1.4. Beantwortung von Anfragen

keine offenen Anfragen aus der letzten Stadtratssitzung

1.5. Informationen des Oberbürgermeisters

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert über den aktuellen Sachstand zum Verbleib der Falknerei Herrmann im Gewerbegebiet Reißig.

Hierzu wurde ein Informationsblatt mit folgendem Inhalt ausgereicht:

Die Falknerei Herrmann ist seit 2011 in Plauen tätig. Aufgrund der ungeklärten Perspektive für den Standort erwog Herr Herrmann einen Umzug in das Umfeld von Plauen. Schließlich konnten die Rahmenbedingungen, die für den Verbleib am Standort Reißig erforderlich waren, geschaffen werden. Herr Herrmann möchte nun langfristig in Plauen bleiben und in den Standort im Gewerbegebiet Reißig investieren. Für die Investition wurde bereits ein Bauantrag bei der Stadt Plauen eingereicht. Der aktuelle Pachtvertrag ist zeitlich unbefristet. Jedoch war für die Stadt Plauen gemäß Stadtratsbeschluss vom 26.06.2018 eine Kündigung frühestens am 31.12.2027 möglich. Zur Absicherung der Investition bat Herr Herrmann um eine Verlängerung dieser Frist um fünf Jahre. Dieser Bitte kam die Stadt Plauen nach. Die Kündigung durch die Stadt ist nun erstmals zum 31.12.2032 möglich. Aktuell beschäftigt Herr Herrmann im Gewerbegebiet Reißig insgesamt 5 Mitarbeiter. Parallel zu den Investitionen möchte Herr Herrmann bereits Teilflächen des Pachtgrundstückes erwerben. Im ersten Schritt erwägt Herr Herrmann den Ankauf des Flurstücks 338/2 mit einer Fläche von 5.610 m². Dort soll zunächst eine Anlage für die Falkenaufzucht entstehen.

2. Beschlussfassung

2.1. Entsendungswiderruf und Neuentsendung der Mitglieder des Aufsichtsrats der Theater Plauen-Zwickau gGmbH *Drucksachenummer: 955/2019*

Herr Tillmann, Leiter des Justizariats, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Beschluss:

1. Die Stadt Plauen widerruft die Entsendung von Herrn Bürgermeister Steffen Zenner, Herrn Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, Frau Stadträtin Claudia Hänsel, Herrn Uwe Täschner und Herrn Stadtrat Dirk Brückner in den Aufsichtsrat der Theater Plauen Plauen-Zwickau gGmbH.
2. Die Stadt Plauen entsendet aufgrund Einigung des Stadtrates der Stadt Plauen Herrn Bürgermeister Steffen Zenner als vom Oberbürgermeister benannter Bediensteter der Verwaltung, Herrn Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, Frau Stadträtin Claudia Hänsel, Herrn Stadtrat Benjamin Zabel und Herrn Stadtrat Dirk Brückner in den Aufsichtsrat der Theater Plauen - Zwickau gGmbH.
3. Für den Fall, dass eine Einigung zu Vorschlag Nr. 2 nicht zustande kommt,
 - a) entsendet die Stadt Plauen Herrn Bürgermeister Steffen Zenner als vom Oberbürgermeister benannter Bediensteten in den Aufsichtsrat der Theater Plauen Plauen-Zwickau gGmbH und
 - b) benennen von den durch die Stadt Plauen in den Aufsichtsrat der Theater Plauen – Zwickau gemeinnützige GmbH zu entsendenden weiteren Aufsichtsräten die CDU-Fraktion zwei weitere Aufsichtsräte, die Fraktion Die Linke einen weiteren Aufsichtsrat und die SPD/Grüne-Fraktion einen weiteren Aufsichtsrat.

Abstimmungsergebnis: 32 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 48/19-1

2.2. **Betriebsatzung GAV**

Drucksachenummer: 936/2019

Herr vom Hagen, Leiter Eigenbetrieb Gebäude und Anlagenverwaltung (GAV), erläutert den Inhalt der Vorlage.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, gibt einen Rückblick auf die Gründung und die bisherige Entwicklung des Eigenbetriebes GAV. Er führt u. a. aus, dass ein stattliches fast schon mittelständisches Unternehmen entstanden ist.

Aus Sicht von Stadtrat Weiß ist diese Vorlage beispielhaft. Durch die beigefügte Synopse zur alten und aktuellen Fassung der Betriebsatzung erleichtert dies die Arbeit der Stadträte sehr.

Oberbürgermeister Oberdorfer ergänzt, dass durch die Zusammenfassung der Flächen- und Gebäudeverwaltung in den Eigenbetrieb GAV eine effektive Lösung gefunden wurde.

Der Eigenbetrieb GAV stelle eine wirtschaftliche Einheit dar, in welcher auch Entwicklungen dargestellt werden können.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die in der Anlage 1 beigefügte Betriebsatzung für den Eigenbetrieb „Gebäude- und Anlagenverwaltung der Stadt Plauen“ (GAV-Betriebsatzung).

Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 48/19-2

2.3. **Ersatz des Eigenanteiles der Stadt Plauen durch den Eigentümer August-Bebel-Straße 12-18 und Kaiserstraße 83/85**

Drucksachenummer: 951/2019

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert kurz den Inhalt der Vorlage.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Übernahme des kommunalen Eigenanteiles in Höhe von 70 % durch den Eigentümer für die Bezuschussung der Maßnahme „Modernisierung- und Instandsetzung der Gebäudehülle einschließlich Außenanlagen August-Bebel-Straße 12-18 und Kaiserstraße 83/85“.

Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 48/19-3

2.4. **Errichtung einer Lenkungsgruppe "Kommunaler Präventionsrat"**

Drucksachenummer: 948/2019

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert den Inhalt der Vorlage. Gleichzeitig verweist er auf folgende Korrektur im Sachverhalt der Vorlage:

...Die Verwaltung schlägt deshalb die Besetzung der Lenkungsgruppe „Kommunaler Präventionsrat“ mit den folgenden ständigen Mitgliedern vor:

- Oberbürgermeister der Stadt Plauen
- Bürgermeister Geschäftsbereich I
- Bürgermeister Geschäftsbereich II
- Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Sport
- Fachbereichsleiterin Sicherheit und Ordnung
- Behinderten- und Ausländerbeauftragte ~~des Oberbürgermeisters der Stadt Plauen~~
- ~~Gleichstellungs- und Frauenbeauftragte des Oberbürgermeisters~~
- **Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Plauen**
- **Frauenbeauftragte der Stadt Plauen**

- Schul- und Sportreferentin
- Geschäftsführerin der Plauener Straßenbahn GmbH
- Leiterin des Polizeireviers Plauen

Oberbürgermeister Oberdorfer empfiehlt, der vorgeschlagenen (o. g.) festen Besetzung des „Kommunalen Präventionsrates“ zuzustimmen. Wenn die Notwendigkeit besteht, könnten jederzeit Mitglieder der Mobilen Jugendarbeit oder Vertreter des Landratsamtes gerne mit eingeladen werden.

Weiterhin führt Oberbürgermeister Oberdorfer aus, dass die Stadt Plauen mit Gründung dieses „Kommunalen Präventionsrates“ auch fördermittelberechtigt ist. In der entsprechenden Richtlinie des Freistaates Sachsen sind ca. 1 Mio. EUR Förderung in Aussicht gestellt. Eventuell könnte diese Förderung dazu genutzt werden, um bestimmte kriminalpräventive Maßnahmen gefördert zu bekommen.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, merkt an, dass Erstellung dieser Vorlage ein Antrag seiner Fraktion vorausgegangen ist. Gleichzeitig wurde die Verwaltung darauf hingewiesen, dass bei Gründung eines „Kommunalen Präventionsrates“ Anspruch auf Fördermittel bestünde. Die CDU-Fraktion kann dieser Vorlage ihre Zustimmung geben.

Stadtrat Schmidt befürwortet die dargestellte Besetzung des Rates und führt aus, dass es richtig sei, in konkreten Fällen auch die Streetworker bzw. Mitglieder der Mobilen Jugendarbeit zu Rate zu ziehen.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt ausdrücklich an, dass Absprachen des städtischen Ordnungsamtes mit der Polizeibehörde, mit der Mobilen Jugendarbeit und mit den zuständigen Mitarbeiter/innen der Stadtgalerie auch bisher schon erfolgt sind. Von Vorteil sei es aber, dass durch die formelle Inkraftsetzung eines solchen Rates gemäß Richtlinie des Freistaates Sachsen nunmehr auch Förderfähigkeit besteht.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE., führt aus, dass zwar im Sachverhalt der Vorlage aufgeführt wird, dass der Jugendarbeit sowie verschiedenen Verantwortungsträgern und Akteuren des Sozialwesens eine tragende Rolle zukomme, aber keiner dieser Akteure als ständiges Mitglied im Rat berufen ist. Dies wäre seiner Meinung nach wichtig gewesen.

Er hat die Sorge, dass die bisherige Arbeitsgruppe, in der u. a. Jugendhilfeträger vertreten sind, nicht mehr zustande kommt und die Jugendhilfeträger noch weniger Mitspracherecht bekommen.

Stadtrat Legath wird sich zu dieser Vorlage der Stimme enthalten.

Stadtrat Benjamin Zabel, Vorsitzender der SPD/Grüne-Fraktion, teilt mit, dass es von seiner Fraktion Zustimmung zur Vorlage geben wird.

Er merkt an, dass sich in den letzten 5 Jahren das Thema Sicherheit massiv verändert habe. Er findet es richtig, dass nunmehr die Qualität der Diskussion zwischen den einzelnen Akteuren verbessert wird. Gleichzeitig kritisiert aber auch Stadtrat B. Zabel, dass Mitglieder der Mobilen Jugendarbeit nicht als ständige Mitglieder des „Kommunalen Präventionsrates“ benannt sind.

Weiterhin werden nach Meinung von Stadtrat B. Zabel starke und funktionierende Polizeistrukturen benötigt, welche die Rechtsmittel haben, für Ordnung und Sicherheit zu sorgen. Positiv sieht er hier die Entwicklung auf Landesebene, wodurch auch die Stadt Plauen z. B. durch den Einsatz von Wachpolizisten profitieren konnte. Wichtig sei es aber auch, zukünftig das Thema Prävention weiter nach vorne zu bringen.

Stadtrat B. Zabel hätte sich gewünscht, dass sich auch der Landrat des Vogtlandkreises dieses Themas mit annimmt, da es nicht nur in der Stadt Plauen sondern auch im Vogtlandkreis Probleme mit Ordnung und Sicherheit gibt, vor allem im Hinblick auf die Nähe zur Grenzregion.

Oberbürgermeister Oberdorfer teilt mit, dass er Vertreter der Ausländerbehörde bzw. Jugendeinrichtungen nicht von sich aus berufen kann, da hier die Zuständigkeit beim Landkreis liegt.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., fragt nach, ob der Verwaltungsausschuss regelmäßig (in welchen Abständen?) über die Ergebnisse der Beratungen des „Kommunalen Präventionsrates“ informiert wird.

Oberbürgermeister Oberdorfer wird Informationen geben, sobald informationsnotwendiges Material vorliegt. Die Treffen des „Kommunalen Präventionsrates“ werden voraussichtlich Anlass bezogen stattfinden.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet Bürgermeister Sárközy um Information in schriftlicher Form an den Freistaat Sachsen über die Beschlussfassung zur Bildung eines „Kommunalen Präventionsrates“ in der Stadt Plauen.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Errichtung einer Lenkungsgruppe „Kommunaler Präventionsrat“.

**Abstimmungsergebnis: 25 Ja-Stimmen; 1 Nein-Stimme; 7 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 48/19-4**

**2.5. Monitoring 2018 zum Parkraumkonzept 2016 der Stadt Plauen mit Anpassungen der Parkraumbewirtschaftung, Anträge: Reg. Nr. 279-18, 314-18, 315-18 mit Stellungnahmen der Verwaltung
Drucksachennummer: 887/2018**

Herr Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Antrag der SPD/Grüne-Fraktion, Reg. Nr. 279-18

Stadtrat Frank M. Zabel, SPD/Grüne-Fraktion, teilt mit, dass dieser Antrag von der SPD/Grüne-Fraktion, als erledigt angesehen wird. Die Forderungen des Antrages, die Parkgebühren für nur wenig genutzte Parkflächen zu reduzieren bzw. ganz weg zu lassen, wurden umgesetzt. Insgesamt wird das vorgelegte Parkraumkonzept von der SPD/Grüne-Fraktion als Erfolg gesehen.

Oberbürgermeister Oberdorfer stellt fest, dass der Antrag der SPD/Grüne-Fraktion, Reg. Nr. 279-18, als erfüllt gelten kann und keiner Abstimmung mehr bedarf.

Antrag der CDU-Fraktion, Reg. Nr. 314-18, mit Ergänzungs- und Austauschblättern

Stadtrat Tobias Kämpf, CDU-Fraktion, erläutert den Antrag seiner Fraktion und ein **zur heutigen Sitzung eingereichtes weiteres Änderungsblatt zu diesem Antrag** mit folgendem Inhalt:

Punkt 1. Soll in der heutigen Stadtratssitzung abgestimmt werden:

1. Erweiterung der Höchstparkdauer auf 4 Stunden, ausgenommen Zonen ohne Zeitbegrenzung.

Zu Punkt 2 keine Abstimmung zur heutigen Stadtratssitzung, sondern Zurückweisung in die Fachausschüsse mit der Prüfung zu Kurzzeitparkmöglichkeiten durch die Stadtverwaltung, an welchen Standorten sich die Einführung der Brötchentaste als sinnvoll erachtet und Einarbeitung in den Haushalt 2020:

2. Einführung einer Kurzzeitparkmöglichkeit (sog. Brötchentaste) für die Dauer von 15 Minuten an allen Parkscheinautomaten im Stadtgebiet.

Zu Punkt 3. keine Abstimmung zur heutigen Stadtratssitzung, sondern Einarbeitung zum Haushalt 2020:

3. Reduzierung der Stundenpreise mit einem Maximalpreis pro Stunde auf 1,20 € in Parkzone 1 und auf 1,- € in den übrigen Parkzonen, ausgenommen Zonen ohne Zeitbegrenzung.

Antrag der Fraktion DIE LINKE., Reg. Nr. 367-19

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., erläutert den Antrag ihrer Fraktion. Auch dieser Antrag zielt darauf ab, die Einführung der „Brötchentaste“ an ausgewählten Stellen nochmals im zuständigen Fachausschuss beraten zu lassen.

Allerdings sollten auch die Areale zur Einführung einer Höchstparkdauer auf 4 Stunden ebenfalls im zuständigen Fachausschuss vorberaten und im Stadtrat beschlossen werden.

Oberbürgermeister Oberdorfer fasst zusammen, dass Punkt 2 und Punkt 3 des Antrages der CDU-Fraktion, **Reg. Nr. 314-18**, gemäß aktuell eingereichtem Änderungsblatt nochmals in die Vorberatung der zuständigen Fachausschüsse in Vorbereitung der Haushaltsplanung 2020 verwiesen werden.

Punkt 2 des Antrages der Fraktion DIE LINKE, **Reg. Nr. 367-19**, wäre somit erledigt.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet Bürgermeister Sárközy darauf zu achten, dass die Vorberatung zu den o. g. Punkten rechtzeitig in den zuständigen Fachausschüssen erfolgt.

Oberbürgermeister Oberdorfer führt weiter aus, dass er zuerst über den Punkt 1 des Änderungsantrages der Fraktion DIE LINKE., **Reg. Nr. 367-19**, und danach über den Punkt 1 des Antrages der CDU-Fraktion, **Reg. Nr. 314-18**, (aktuelles Änderungsblatt) abstimmen lassen wird.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne-Fraktion, teilt mit, dass seine Fraktion dem Punkt 1 des Antrages der Fraktion DIE LINKE. folgen würde. Es sollte zuerst in den Fachausschüssen vorberaten werden. Gleichzeitig sollten von der Verwaltung die Auswirkungen zu diesem Punkt 1. dargestellt werden.

Stadtrat Dieter Rappenhöner, SPD/Grüne-Fraktion, fragt nach, was nach Meinung der Verwaltung der zuständige Fachausschuss wäre.

Oberbürgermeister Oberdorfer antwortet, dass die fachliche Debatte im Stadtbau- und Umweltausschuss als der zuständige Fachausschuss geführt werden müsse. Danach ist auch der Finanzausschuss zu beteiligen.

Stadtrat Ingo Eckardt, CDU-Fraktion, informiert, dass seine Fraktion mehrheitlich dem Punkt 1. des Antrages der Fraktion DIE LINKE., **Reg. Nr. 367-19**, zustimmen wird. **Das bedeutet, dass auch der Punkt 1. des Antrages der CDU-Fraktion, Reg. Nr. 314-18 (aktuelles Änderungsblatt) heute nicht abgestimmt werden soll.**

Stadtrat Eckhardt möchte die Gelegenheit am heutigen Faschingsdienstag nutzen und trägt seine Sicht der Dinge zur bisherigen Debatte zum Parkraumkonzept in Form einer „Büttenrede“ vor.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet darum, diese „Büttenrede“ als Ergänzung zum Protokoll mit ausreichen zu dürfen.

Oberbürgermeister Oberdorfer stellt fest, dass nunmehr auch der Punkt 1. des Antrages der CDU-Fraktion, Reg. Nr. 314-18 (aktuelles Änderungsblatt) in die zuständigen Fachausschüsse verwiesen wird.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass in der Stadt Plauen die Möglichkeit besteht, für 6 Cent 10 Minuten lang zu parken. Dies sei nach seiner Erfahrung auch in anderen Städten Deutschlands auf jeden Fall preiswert. Wer das kurze Parken für eine Erledigung benötigt, dem wird in Plauen hiermit eine gute Möglichkeit des günstigen Parkens geboten.

Bürgermeister Sárközy führt aus, dass das Parkraumkonzept nicht Teil der Haushaltskonsolidierung war. Lediglich die Bewirtschaftung des Neustadtplatzes war eine Forderung zur Haushaltskonsolidierung. Weiterhin merkt er an, dass die Verwaltung ursprünglich vorgeschlagen hatte, überall die Parkgebühren von 1 EUR zu belassen und dafür das Parken an verschiedenen Stellen zeitlich stärker zu beschränken. Von einer Fraktion des Stadtrates wurde aber darauf hingewiesen, dass man marktübliche Preise in das Parkraumkonzept aufnehmen sollte. So sei die Parkgebühr in Höhe von 1,50 EUR in der Innenstadt zustande gekommen.

Stadträtin Alexandra Glied, Fraktion FDP/Initiative Plauen, berichtet von einem Treffen der Arbeitsgruppe (AG) Innenstadt und Handel und trägt auszugsweise aus einem Papier vor, welches diese AG verfasst und allen Fraktionen zur Verfügung gestellt hat:

„...Innenstadt braucht Frequenz. Von der Frequenz abhängig sind der innenstädtische Einzelhandel, die Gastronomie und die Dienstleister. Frequenz bedeutet Umsatz. Umsatz bedeutet Überleben für die Unternehmer und Leben und Attraktivität für die Innenstadt...“

Die Fraktion FDP/Initiative Plauen wird jegliche Handlungen und Änderungen zugunsten des Einzelhandels in der Innenstadt unterstützen.

Oberbürgermeister Oberdorfer wirft die Frage auf, ob es für den Handel gut wäre, wenn die Parkgebühren zu günstig wären und keine bzw. nur geringe Fluktuation auf den Parkplätzen stattfände.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der Fraktion FDP/Initiative Plauen, führt aus, dass die „Brötchentaste“ bereits 2008 Beschlusslage im Stadtrat der Stadt Plauen war. Im Jahr 2009 wurde diese „Brötchentaste“ in 3 ausgewählten Plauener Straßen eingeführt und 2 Jahre später im Zuge der Haushaltskonsolidierung wieder abgeschafft. Seiner Meinung nach dauert die erneute Diskussion zum Thema Parken seit Herbst 2018 schon wieder viel zu lange.

Für Stadtrat Gerbeth ist eine Parkgebühr von 1,50 EUR pro Stunde in der absoluten Innenstadt zu hoch. Dies sei weder im Sinne des Handels noch im Sinne zur Wiederbelebung der Innenstadt. Mit einer Höchstparkdauer von 4 Stunden sollte man viel flexibler umgehen.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt wiederholt an, dass die als Alternative zur „Brötchentaste“ angebotene Bezahlung auch von Bruchteilen dieser 1,50 EUR pro Stunde ein Parksystem ermöglicht, welches auch gut für individuelle Nutzung ausgelegt sei.

Stadtrat Gerbeth fügt an, dass in Saßnitz z. B. eine Stunde freies parken in der Innenstadt ermöglicht wird, was sicher der dort ansässigen Gastronomie und dem Handel zugutekommt.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE., teilt mit, dass es in Oelsnitz z. B. ein Tagesticket für 2 EUR gibt.

Stadtrat Legath führt weiter aus, dass das Parkraumkonzept gar nichts mit der Haushaltskonsolidierung zu tun haben kann, weil es nicht zur Erwirtschaftung von Einnahmen dient sondern zur Steuerung des Verkehrs.

Stadtrat Legath wünscht sich, dass das Parkraumkonzept perspektivisch auch auf andere Stadteile ausgeweitet würde, da es derzeit eine Verdrängung aus den gebührenpflichtigen in die gebührenfreien Zonen gäbe. Dies würde Probleme für Anwohner in anderen Stadtteilen darstellen.

Stadtrat Legath kommt in diesem Zusammenhang auf den Antrag seiner Fraktion, **Reg. Nr. 298-18** zurück, und verweist hierzu auf die Stellungnahme der Verwaltung vom 05.10.2018, Seite 2 Punkt 5.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, teilt mit, dass die Entscheidung seiner Fraktion zur Erhöhung der Parkgebühren auf 1,50 EUR eine Fehlentscheidung war. Deshalb wurde von der CDU-Fraktion nunmehr vorgeschlagen diese Parkgebühren auf 1,20 EUR pro Stunde zu reduzieren.

Stadtrat Schmidt schlägt vor, hierüber zukunftsweisend in der Haushaltsdebatte 2020 zu diskutieren und die vorgeschlagenen Änderungen einzuarbeiten.

Stadtrat Bernd Stubenrauch, SPD/Grüne-Fraktion, stellt anhand der geführten Diskussion fest, dass die Mehrheit der Mitglieder des Stadtrates der vorgelegten Verwaltungsvorlage zustimmen kann. Was aber bei aller Diskussion nicht vergessen werden dürfte, seien Visionen, um die Innenstadt nicht nur durch das Parkraumkonzept attraktiver zu machen. So habe er bereits vor längerer Zeit vorgeschlagen, die Bahnhofstraße für den Verkehr zu öffnen bzw. die Querung der Bahnhofstraße in Höhe der Gottschaldstraße zuzulassen.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass eine mögliche Öffnung bzw. Querung der Bahnhofstraße bereits im Stadtrat nach umfangreicher Kenntnis der Faktenlage behandelt wurde.

Der Antrag, Reg. Nr. 279-18, wird von der SPD/Grüne-Fraktion, als erledigt angesehen.

Der Antrag, Reg. Nr. 314-18, CDU-Fraktion, sowie der Antrag, Reg. Nr. 367-19, Fraktion DIE LINKE., werden zur Beratung in die zuständigen Ausschüsse (Stadtbau- und Umweltausschuss und Finanzausschuss) verwiesen.

Antrag der CDU-Fraktion, Reg. Nr. 315-18

Stadtrat Ingo Eckardt, CDU-Fraktion, erläutert den Inhalt des Antrages. Er äußert sich positiv dazu, dass dieser Vorschlag der Einführung eines Jobtickets von der Stadtverwaltung Plauen angenommen wurde.

Bürgermeister Sárközy erläutert die Stellungnahme der Verwaltung hierzu. Es ist vorgesehen, nach erfolgter Änderung der Steuerbedingungen das Jobticket im Juni 2019 einzuführen.

Oberbürgermeister Oberdorfer ergänzt, dass aktuell auch berichtet werden soll, wie viele Mitarbeiter/innen dieses Jobticket nutzen wollen. Die letzte Umfrage sei sehr verhalten ausgefallen.

Beschluss zum Antrag 315-18, CDU-Fraktion:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, einen entsprechenden Rahmenvertrag mit der Verkehrsverbund Vogtland GmbH zu schließen, um den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern der Plauener Stadtverwaltung die Nutzung des sogenannten Jobtickets zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis: 34 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 48/19-5

Beschluss zur Verwaltungsvorlage, Drucksachenummer: 887-2018:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt:

1. Die Parkgebühren in der Zone 3 werden bei einer Parkdauer über 1 Stunde stufenweise wie folgt gesenkt: 1 h = 1,00 Euro, 2 h = 1,50 Euro, 3 h = 2,00 Euro, 4 h = 2,50 Euro, jede weitere Stunde 0,50 Euro zusätzlich, Tagesticket = 4 ,00 Euro.
2. Das Kombiticket wird in der Zone 3 für die Parkdauer von 1 Stunde auf 1,70 Euro angehoben.
3. Das Kombiticket wird in der Zone 2 für die Parkdauer von 1 Stunde auf 1,80 Euro und für 2 Stunden auf 3,50 Euro angehoben.
4. Die Zone 4 wird um die nicht genutzten Straßenzüge Myliusstraße und Dobenausstraße zwischen Myliusstraße und Karlstraße reduziert.

Abstimmungsergebnis: 30 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 4 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 48/19-6

2.6. Grundstücksverkehr (Verkauf von Waldgrundstücken)
Drucksachenummer: 950/2019

Herr Mißbach, Leiter Fachgebiet Betriebswirtschaft/Liegenschaften, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Stadtrat Dieter Rappenhöner, SPD/Grüne-Fraktion, nimmt an, dass der Verkauf von Wald allen schwer fällt. Er geht hierbei auf das Thema „Splitterflächen“ ein. 2 Grundstücke, die jeweils über 10 ha groß sind, können seiner Meinung nach nicht als „Splitterflächen“ gelten. Er bittet darum, in Zukunft ernsthaft darüber nachzudenken, tatsächlich solche großen Flächen als „Splitterflächen“ zu verkaufen.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der Stadt Plauen, schließt sich der Meinung von Stadtrat Rappenhöner an. Es stelle sich aber die Frage, ob überhaupt noch kleinere Flächen zum Verkauf zur Verfügung stünden.

In Bezug auf die Haushaltskonsolidierung hat sich die CDU-Fraktion bereit erklärt, einem Waldverkauf im Wert von bis zu 600 TEUR zuzustimmen. Es sollte aber überlegt werden, ob es tatsächlich notwendig sei, diesen Wert komplett auszuschöpfen.

Die CDU-Fraktion wird der Vorlage zustimmen, steht aber dem Verkauf von Wald nach wie vor skeptisch gegenüber.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., führt aus, dass es sich bei dem zu verkaufenden Gelände um ein Gebiet mit extrem schlechter Gesteinsgrundlage/Fruchtbarkeit der Böden handelt.

Auf Nachfrage von Stadtrat Jäger antwortet Oberbürgermeister Oberdorfer, dass dieser Verkauf über dem Bodenrichtwert liegt und somit keine rechtsaufsichtliche Genehmigung erforderlich ist.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet darum, die Bezeichnung „Splitterfläche“ in dem Zusammenhang zu sehen, dass die Stadt Plauen Waldflächen von 2300 ha besitzt, so dass eine Fläche von 20 ha weniger als 1 % des Gesamtbestandes ausmacht.

Stadtrat Tobias Kämpf, CDU-Fraktion, teilt mit, dass seine Fraktion der Vorlage unter der Bedingung zustimmen kann, dass nicht noch mehr Wald in diesem Jahr verkauft wird.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der Fraktion FDP/Initiative Plauen, merkt an, dass das Waldgebiet als solches ja durch den Verkauf nicht verloren geht. Es bleibt nach wie vor zum größten Teil ein Waldgebiet. Dies sollte mit bedacht werden. So könne er für diese und ähnliche Vorlagen guten Gewissens Zustimmung geben.

Oberbürgermeister Oberdorfer ergänzt, dass alle Waldbesitzer das Sächsische Waldgesetz zu beachten haben. Die Eigentumsform spiele hierfür keine Rolle.

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Plauen genehmigt den Verkauf der Flurstücke Nr. 263 (Größe 6,4590 ha) und 279 (Größe 10,1070 ha), Gemarkung Geilsdorf, zum Gesamtpreis von 249.000,00 EUR somit durchschnittlich 15.030,00 EUR/ha, an Forstbetrieb Alexander Reisinger, 08538 Weischlitz.
2. Der Stadtrat der Stadt Plauen genehmigt den Verkauf der Flurstücke Nr. 134 (Größe 10,2990 ha) und 135 (Größe 1,7930 ha), Gemarkung Schwand, zum Gesamtpreis von 91.000,00 EUR, somit durchschnittlich 7.526,00 EUR/ha, an die Kirchliche Waldgemeinschaft Vogtland, 08233 Treuen, bzw. an ihre Mitgliedskirchgemeinden.

Abstimmungsergebnis: 31 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 2 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 48/19-7

2.7. Verwendung der Erbschaft der Charlotte Rabe ***Drucksachenummer: 939/2019***

Oberbürgermeister Oberdorfer wirbt an dieser Stelle dafür, dass Bürgerinnen und Bürger, die keine Erben haben, gerne die Stadt Plauen bzw. die Bürgerstiftung der Stadt Plauen bedenken können. Die Stadt als Erbin folgt gerne den Wünschen der Personen, die etwas vererben. In diesem Falle, wurde von Frau Rabe festgelegt, dass das Erbe für soziale Zwecke genutzt werden soll.

Oberbürgermeister Oberdorfer würdigt dies als ein sehr gutes Beispiel, dass der Heimatstadt Plauen und damit denn Bürgerinnen und Bürgern etwas Gutes getan werden kann.

Herr Schäfer, Leiter Fachbereich Jugend/Soziales/Schulen/Sport, erläutert den Inhalt der Vorlage. Er weist außerdem auf das Änderungsblatt vom 18.02.2019 zur Vorlage hin.

Stadtrat Tobias Kämpf, CDU-Fraktion, äußert sich positiv zur Zusammenarbeit der Fraktionen bezüglich der Aufteilung und Festlegung zur Verwendung der Mittel aus dieser Erbschaft.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen bestätigt die Verwendung der Erbschaft der Charlotte Rabe nach Maßgabe der gefassten Beschlüsse zur Haushaltsatzung 2019 gemäß Punkt 3 der Sachverhaltsdarstellung und beschließt die Empfehlung der Verwaltung zur Verwendung der verbleibenden Mittel gemäß Punkt 4 der Sachverhaltsdarstellung wie auf dem Änderungsblatt vom 18.02.2019 dargestellt.

Abstimmungsergebnis: 32 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 48/19-8

2.8. Bereitstellung überplanmäßiger Aufwendungen im Fachgebiet Allgemeine Ordnungsangelegenheiten

Drucksachenummer: 966/2019

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert kurz den Inhalt der Vorlage.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung überplanmäßiger Aufwendungen im Fachgebiet Allgemeine Ordnungsangelegenheiten für das Haushaltsjahr 2018 i. H. v. 52.400,00 EUR.

Abstimmungsergebnis: 31 Ja-Stimmen; 1 Nein-Stimme; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 48/19-9

3. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, schildert einen seiner Meinung nach sehr unschönen Vorfall, der sich vergangenes Wochenende am „Tunnel“ (Postplatz) zugetragen hat. In diesem Zusammenhang fragt er nach, wie der Dienstplan des Ordnungsvollzugsdienstes aufgestellt ist und ob auch am Wochenende Streife gelaufen wird.

Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine schriftliche Beantwortung bezüglich der Einsatzpläne zu.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion informiert aus der Jahreshauptversammlung der Freiwilligen Feuerwehr Plauen-Mitte. Hier wurde ihm mitgeteilt, dass mehrere Verfahren gegen Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr laufen würden, weil sie auf dem Weg zum Einsatz die Blitzer-Anlage passieren. Es wurde mitgeteilt, dass es eine Kulanzregelung von 20 km/h gibt. Stadtrat Schmidt fragt nach, ob dies überhaupt gesetzmäßig ist und ob dies zutrifft.

Stadtrat Schmidt fragt weiter nach, wie die Stadtverwaltung bzw. der Fachbereich zukünftig gedenkt, mit den ehrenamtlichen Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehren, die sich im Einsatz befinden, umzugehen. Gibt es Überlegungen, dass man das etwas mehr mit Kulanz regelt?

Oberbürgermeister Oberdorfer antwortet, dass sich Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr, die sich zum Einsatzort bewegen, an alle Gesetzlichkeiten der Straßenverkehrsordnung zu halten haben. Hier gibt es keine Ausnahme.

Oberbürgermeister Oberdorfer lässt die konkrete Frage nach einer Kulanz-Regelung schriftlich beantworten.

Stadträtin Claudia Hänsel, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, fragt nach, ob die Mitglieder des Stadtrates der Stadt Plauen sowie die Gäste der Sitzung einen Pfannkuchen auf Kosten der Fraktion DIE LINKE. verspeisen möchten und verteilt diese.

Stadtrat Hansjoachim Fleischer, CDU-Fraktion, informiert, dass in der Straße Althaselbrunn am Nordsportplatz die Wurzeln von Bäumen durch die Betoneinfassungen wachsen. Somit seien Stolperfallen entstanden. Er fragt nach, ob hier seitens der Stadtverwaltung Plauen etwas unternommen werden kann.

Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., fragt nach, ob das in der Tageszeitung „Freie Presse“ dargestellte Problem der Nutzung von elektronischen Parkscheiben geklärt werden konnte und ob es rechtmäßig ist, eine solche elektronische Parkscheibe zu verwenden.

Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion DIE LINKE., informiert, dass sich in der vergangenen Woche eine nach seiner Meinung verfassungsfeindliche Partei vor dem Eingang des Einwohnermeldeamtes Plauen postiert und dort Unterschriften für ihren Wahlantritt gesammelt hätte. Er fragt nach, ob diese Partei direkt vor dem Einwohnermeldeamt Unterschriften sammeln darf oder ob es hier eine „Bannmeile“, wie es z. B. auch vor Wahllokalen vorgesehen ist, gibt.

Stadtrat Legath führt weiter aus, dass ein Anwohner daraufhin die Ordnungsbehörde der Stadt Plauen informiert hat. Diese hätte von einem Bußgeld gegen diese Gruppierung abgesehen, obwohl die Aktion nicht angemeldet gewesen sei. Die Begründung wäre gewesen, dass diese Organisation ein Ersttäter sei.

Stadtrat Legath informiert, dass es im vergangenen Jahr eine kleine Anfrage im sächsischen Landtag (Drucksachenummer: 616113) gegeben habe. Er fragt nach, ob die Stadtverwaltung Plauen diese Anfrage kennt.

Dort sei beschrieben, dass die o. g. Organisation bereits am Rande außerhalb eines genehmigten Kundgebungsgeländes Flyer verteilt hätte. Demzufolge wäre diese Organisation nach Meinung von Stadtrat Legath kein Ersttäter.

Stadtrat Legath fragt nach, ob die Stadtverwaltung Plauen (Ordnungsbehörde) dann bei ihrer Einschätzung bleiben und von einem Ordnungsgeld absehen würde.

Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE., fragt nach, wie viele Familien (Patchwork-Familien) in Plauen gemäß der vom Vogtlandkreis zum 01.01.2018 beschlossenen Richtlinie zur Absenkung von Elternbeiträgen die Möglichkeit hätten, hiergegen zu klagen.

Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Plauen, den

Plauen, den

Ralf Oberdorfer
Oberbürgermeister

Ilka Reißner
Stadträtin

Plauen, den

Plauen, den

Peggy Glaß
Schriftführerin

Christian Erdmann
Stadtrat